

08. und 09. sowie 16. und 17. Dezember 1989 (Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS)

Wenn wir alle für die neue Partei streiten, wird sie stark bleiben!

Referat von Gregor Gysi

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Arbeitsausschuß hat mich beauftragt, zu euch zu sprechen. Ich bitte um euer Verständnis, daß ich hier kein umfassendes Referat halten kann. Wann auch hätte ich es ausarbeiten sollen? Wir alle im Arbeitsausschuß haben am vergangenen Sonntag Verantwortung übernommen, die uns bis an die Grenze des physisch und psychisch Möglichen beansprucht hat. Die früher üblichen "Warenhausreferate" mochte ich sowieso nie und bitte deshalb schon jetzt um Entschuldigung, (*Beifall*) daß ich mich weder zu allen anstehenden Fragen noch zu allen Bereichen äußern kann. Ich muß mich einfach auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren.

Die Lage im Lande und in der Partei erforderte diesen außerordentlichen Parteitag und seine Vorverlegung. Die Partei muß wieder geleitet werden, um den Auflösungserscheinungen entgegenzuwirken und Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Die Wahl einer Leitung ist heute das Wichtigste. Sie ist aber nicht möglich ohne eine Selbstdarstellung und Selbstbestimmung. Aus dem vom Ausschuß erarbeiteten Positionspapier, das euch zugegangen ist und das auch in den Zeitungen veröffentlicht war - und das selbstverständlich nicht vollständig und ausgereift ist -, wird jedoch eines ganz deutlich: Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande. (*Beifall*)

Dieser administrativ-zentralistische Sozialismus hat zu politischer und ökonomischer und wirtschaftlicher Krise, zu Korruption und Amtsmißbrauch geführt. Er hat sich bei uns und in anderen sozialistischen Ländern als unfähig erwiesen, einen wirksamen Beitrag zur Lösung der Menschheitsprobleme zu leisten. Das Volk der DDR, alle seine Parteien, politischen und sozialen Bewegungen stehen heute vor der Entscheidungssituation: Welchen Weg soll die DDR gehen? Die ökonomische und politische Krise hat die Möglichkeiten der Selbstbestimmung dieses Weges auf das äußerste eingengt.

Für das Leben der Bürgerinnen und Bürger und der zukünftigen Generationen ist es von entscheidender Bedeutung, welche historische Richtung gewählt wird. In den nächsten Wochen und Monaten werden Weichen gestellt, die die Lebensbedingungen jedes einzelnen grundlegend verändern werden. Nicht wenige Bürger der DDR orientieren sich - jetzt auch auf Grund ihrer eigenen Erlebnisse - an der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Kann die einfache Übernahme dortiger Strukturen unsere Probleme hier lösen? - Die westeuropäischen Gesellschaften, insbesondere die der BRD, sind kein rein kapitalistisches System im Sinne eines Schulbeispiels, von dem man nichts lernen könnte. Wir wissen die modernen Errungenschaften dieser Gesellschaft, die sich die Werktätigen der BRD erkämpft haben, zu schätzen. Wir achten die freien Formen des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wettbewerbs, die der Ausbildung von Monopolstellungen in der Ökonomie, Politik und Kultur versuchen entgegenzustehen. Wir können insbesondere lernen von der Praxis der Mitbestimmung auf Betriebs- und Zweigebene, von der dreifachen demokratischen Gewaltenteilung zwischen der Gesetzgebung, der Regierung und der Rechtsprechung, von der wachsenden Rolle der Öffentlichkeit und den neuen sozialen sowie kulturellen Bewegungen, von dem hohen Stand der Wissenschafts- und Technikentwicklung, von dem höheren Stellenwert kommunaler Mitbestimmung, von dem föderativen und gemeinnützigen Charakter vieler Arten der Kulturförderung.

Aber zugleich dürfen wir nicht übersehen, wie begrenzt diese Errungenschaften sind, worauf jeder konsequente Demokrat in diesen Ländern auch selbst aufmerksam macht. Die genannten Errungenschaften finden ihre Grenze an den strategischen Machtinteressen kapitalistischer Monopole, insbesondere der transnationalen Konzerne, der internationalen militärisch-industriellen Komplexe. An dieser Grenze hört auch die Souveränität der BRD gegenüber den USA und der NATO auf.

Der kapitalistische expandierende Weltmarkt mag vielen, die eine planungsbürokratische Mangelwirtschaft gewöhnt sind, auf den ersten Blick als Attraktion erscheinen. Aber er verschärft in seiner monopolistischen Gestalt die bestehenden globalen Probleme des Umweltschutzes, der Friedenssicherung und des sozialökonomischen Entwicklungsgefälles. Er führt tatsächlich zur Massenarbeitslosigkeit, zur Existenzangst, zur sozial ungerechten Zweidrittelgesellschaft schon in den reichen Ländern, erst recht aber zur weiteren Verelendung der armen Länder.

Wir dürfen den demokratischen Aufbruch und das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung nicht verspielen. Das würden wir aber, ließen wir der alten Herrschaft von Politbürokraten nun eine neue Herrschaft von Kapitalmagnaten folgen. *(Beifall)*

Die Krise des administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande kann nur dadurch gelöst werden, daß die DDR einen dritten Weg jenseits von stalinistischem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole geht. Dabei fühlen wir uns besonders den sozialen Interessen der Menschen unseres Landes verpflichtet, auf individuelle Freiheiten und Grundrechte gegründete Solidarität der Entwicklung aller, gleiche Bedingungen zur individuellen Selbstverwirklichung und Bewahrung des natürlichen und kulturellen Erbes der Menschheit. Dies sind unsere Grundwerte. Mit ihnen sollten wir uns mit neuem Programm und demokratischem Statut in einen neuen Entwicklungsweg der DDR einbringen.

Mit allen Kräften werden wir uns für den freien Wettbewerb um den höchsten Beitrag zur Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums einsetzen. Gerechte Anerkennung individueller und kollektiver Leistungen muß darin ihr Maß finden. Unser Kampf wird sich gegen alle monopolistischen Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft, Politik und geistigem Leben richten. Dieser von uns angestrebte dritte Weg sozialistischer Prägung ist gekennzeichnet durch radikale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Humanismus, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Durchsetzung einer wirklichen Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau. Diese Orientierung auf einen dritten Weg legt die demokratischen und humanistischen Quellen und Inhalte unserer Traditionen in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung frei und nimmt sie auf. Dazu gehören insbesondere sozialdemokratische, sozialistische, nichtstalinistisch-kommunistische, antifaschistische und pazifistische Traditionen. Es geht nicht um neue Tapeten. Wir wollen eine neue Partei. *(Beifall)*

Eine Partei, die beispielgebend ist für ein modernes Parteienverständnis in einer modernen Gesellschaft. Die Partei soll ihre Einheit aus dem Wettstreit der Ideen all ihrer Mitglieder, Plattformen und innerparteilichen Strömungen gewinnen. Sie versteht Einheit nicht als innere Geschlossenheit, sondern als Offenheit gegenüber allen demokratischen Bewegungen und allen Menschen. Das Gebot der Reinheit soll sich nur auf ethische Integrität und Abgrenzung von solchen Ideen konzentrieren, die mit den oben genannten Grundwerten unvereinbar sind. Diese moderne sozialistische Partei macht die fortlaufende Arbeit an ihrer Programmatik und an ihren strategischen Vorstellungen zum Hauptinhalt ihrer politischen Tätigkeit, anstelle der Durchsetzung von oben verordneter Generallinien. Sie soll basisdemokratische Strukturen bilden, die sichern, daß sie eine Partei ihrer Mitglieder ist, das heißt, daß die Parteipolitik von diesen ihren demokratisch gewählten Leitungen und nicht vom Apparat ausgeht. *(Beifall)*

Der Apparat muß vorwiegend organisatorische Aufgaben haben, und zwar zur Vorbereitung und Durchsetzung politischer Forderungen. Der Apparat kann deshalb stark reduziert werden, aber bitte geordnet und mit geklärt beruflicher Eingliederung der Mitarbeiter. *(Beifall)*

Denn darauf komme ich noch einmal zurück, wenn ich versuche, über die Ergebnisse der Untersuchungskommission zu berichten. Die große Mehrzahl dieser Mitarbeiter war wirklich ohne jedes Privileg und hat immer ehrlich und anständig gearbeitet. Man darf da nicht alles über einen Kamm scheren. Es gibt da gewaltige Unterschiede. Ich werde dazu noch etwas sagen. *(Beifall)*

Aber die Strukturen stimmten eben nicht, die müssen verändert werden. Dafür tragen nicht die Mitarbeiter die Verantwortung; oder höchstens in dem Maße, wie wir sie alle dafür tragen. Basisdemokratie erfordert ein Statut, das schöpferische und kritische Aktivitäten jedes Genossen fördert und die innerparteiliche Diskussion effektiv organisiert und nicht Grundlage von Parteidisziplinierung ist. Diese moderne sozialistische Partei ist die praktische Heimat engagierter demokratischer Sozialisten, keine Klassen- und auch keine Massenpartei. Diese moderne sozialistische Partei bekennt sich zu den Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zur politischen Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiter. Sie bekennt sich zur progressiven Tradition der kommunistischen, sozialdemokratischen, sozialistischen und antifaschistischen Bewegung, und sie bekennt sich zu marxistischen und leninistischen Traditionen. Sie nimmt all diese Traditionen kritisch in sich auf, wendet sich aber konsequent den veränderten Problemlagen der Gegenwart und Zukunft zu. *(Beifall)*

Es gibt keine Linie, die in ihrer Entwicklung fehlerlos gewesen wäre, und es gibt auch keine einzige dieser hervorragenden, im Positionspapier genannten Persönlichkeiten, die in jeder Frage recht gehabt oder für heute eine Antwort ausgewiesen hätte. Das kann es auch gar nicht geben. *(Beifall)*

Diese moderne sozialistische Partei bildet praktische Strategien auf der Grundlage theoretischer Konzeptionen, aber sie verzichtet auf jegliche Beschränkung theoretischer Quellen, auf bestimmte Richtungen und auf jede Bewertung von Wissenschaft. Das heißt, sie läßt sich von wissenschaftlichen Erkenntnissen leiten und nicht länger durch die Wissenschaft bestätigen, *(Beifall)* was bekanntlich zu großen und in kurzer Zeit auch nicht wiedergutmachenden Verlusten gerade in der Gesellschaftswissenschaft geführt hat. Nicht die Gesellschaftswissenschaft bereitete Plenen vor, sondern die Plenen entschieden, was anschließend die Gesellschaftswissenschaftler zu erklären hatten, und das geht einfach nicht!

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte jetzt etwas sagen zu den Ergebnissen der Untersuchungskommission. Ich stehe da vor gewissen Schwierigkeiten, ich muß das zugeben. Zunächst einmal hatten wir bisher fünf Tage. Ich bitte also nichts zu erwarten, was diesen Zeitraum unberücksichtigt läßt. Dann war eine solche Tätigkeit für mich völlig neu und ungewohnt; denn ich bin eigentlich Verteidiger, nicht Ermittler, und so was alles. Ich kannte dieses Haus nicht und seine Strukturen nicht. Ich habe bis heute Schwierigkeiten, ein einziges Zimmer zu finden. Und wir bekamen in dieser Zeit Tausende von Hinweisen. Irgend jemand in der Aktuellen Kamera hat sich auch noch einfallen lassen, die Nummer 2020 zu benennen. Ich weiß nicht, wer darauf gekommen ist. Und damit brach das Telefonnetz im ZK zusammen.

Immerhin spricht es für ein bestimmtes Maß an Vertrauen, das dieser Untersuchungskommission entgegengebracht wurde. Ich habe zu Mitgliedern Rechtsanwälte, Notare, Kriminalisten der Humboldt-Universität berufen, so weit man das sagen kann. Auf welcher

Grundlage, weiß ich auch nicht richtig. Ich habe sie namentlich nicht bekanntgegeben, während alle anderen Arbeitsgruppen bekannt gegeben worden sind. Ich glaube, ich muß das nicht weiter erklären, ihr werdet dafür Verständnis haben. Ich werde es auch zukünftig nicht tun. *(Beifall)*

Es reicht, wenn einer bekannt ist. Die nächste Schwierigkeit bestand darin, daß sich natürlich viele Hinweise einfach auch als völlig unbegründet erweisen. Das weiß man aber vorher nicht. Es kostet wahnsinnig viel Kraft, einem solchen Hinweis nachzugehen. Und dann hatte diese Untersuchungskommission bitte auch keine Kompetenzen. Von wem denn? Es gab ja zum Zeitpunkt ihrer Entstehung keine Leitung dieser Partei.

Übrigens auch deshalb brauchen wir unbedingt eine Leitung, denn sie muß entscheiden, was diese Untersuchungskommission darf und was nicht. Wir haben zunächst einmal wichtige Sicherungsmaßnahmen vorgenommen, und wenn die überall so vorgenommen worden wären, hätten wir uns vielleicht woanders vieles erspart. Aus diesem Hause ist seit Sonntag abend nichts mehr rausgegangen, was nicht unbedingt rausgehen mußte, was auch meine Zustimmung gefunden hat.

Noch etwas muß ich sagen. Viele haben sich angeboten, in diesem Untersuchungsausschuß mitzuwirken. Das muß ich wirklich sagen. Man hätte ihn beachtlich ausweiten können. Aber ich stand vor einer großen Schwierigkeit. Ich mußte noch, ich will es so offen sagen, ein bißchen darauf aufpassen, daß man mir niemanden einschleust. Ich sag's mal so. Also konnte ich nur jemand nehmen, den ich kenne oder den derjenige, den ich kenne, so gut kennt, daß er mir versichern kann, daß - na und so weiter. *(Beifall)*

Es gab ja keine andere Möglichkeit. Die Zahl ist also nach wie vor begrenzt. Wir haben uns große Mühe gegeben, und das Bild, daß sich nun bisher uns bot, war einerseits erschreckend, erschreckender als angenommen, und andererseits aber auch beruhigender, so daß wirklich kein Grund zur Selbstzerfleischung besteht. Das muß ich hier deutlich sagen. *(Beifall)*

Das Erschreckende war der Umfang an ungerechtfertigten Privilegien der früheren Parteiführung, der katastrophale Zustand des Belegwesens in diesem Haus in bestimmten Bereichen und das völlige Fehlen notwendiger Kontrollen in bestimmten Bereichen. Für uns alle unmerklich sind nämlich die Befugnisse der Zentralen Revisionskommission im Laufe der Jahre immer weiter zurückgegangen und letztmalig auf dem IX. Parteitag weiter eingeschränkt worden. Wir haben es alle irgendwie nicht richtig gemerkt. Es waren immer so Umstellungen von Sätzen, die dann plötzlich dazu führten, daß Ausgaben von der Zentralen Revisionskommission nicht mehr geprüft werden durften, sondern nur noch die Einnahmen, was natürlich ein merkwürdiger Vorgang ist und zu Schwierigkeiten auch für diese Genossen führte.

Dennoch muß ich sagen, kann ich ihnen den Vorwurf nicht ersparen, sie haben das ja gewußt, welche Mängel es hat, worin auch die Befugnismängel bestehen, und hätten sich schon an uns deshalb wenden müssen, finde ich, wobei es sich nachher leichter sagen läßt als vorher tun. Das gebe ich gerne zu. Aber wer in hohe Funktionen gewählt wird, hat eben auch besonders hohe Verantwortung. *(Beifall)*

Eine nächste Schwierigkeit besteht in einer Verflechtung staatlicher Bereiche mit Parteibereichen, die meines Erachtens unbedingt aufzulösen ist bzw. rechtlich geklärt werden muß, weil ansonsten Ordnung in diesen ganzen Bereich nicht hineinzubekommen ist. Besonders negativ wirkten sich die fast unbegrenzten Vollmachten von Erich Honecker und vor allem

auch des früheren Leiters der Abteilung Finanzen aus, der praktisch allein über Konten und viele andere Bereiche mit alleiniger Unterschrift Verfügungsbefugt war und für den es auch noch eine Weisung gab, Belege in bestimmten Bereichen sofort anschließend zu vernichten, zumindest beruft er sich darauf, ich muß das mal so sagen, weil der, auf den er sich beruft, gegenwärtig nicht befragt werden kann.

Also ich nenne keine Zahlen, weil ich sie erstens gar nicht kenne. Ich war ja nicht die Finanzrevision. Das muß in der Rechenschaftslegung natürlich die Aufgabe der Zentralen Revisionskommission sein. Ich bin nicht bereit, diesen Rechenschaftsbericht hier sozusagen zu übernehmen. Ich wüßte auch wirklich nicht, weshalb. *(Beifall)*

Und da wir ja diese Rechenschaftsberichte auf dem außerordentlichen Parteitag noch bekommen werden, denn ich gehe davon aus, daß wir es so beschließen, daß wir das fortsetzen, daraus werden wir ja niemanden entlassen, *(Beifall)* will ich mich dazu jetzt nicht weiter äußern.

Ich will aber noch sagen, daß es natürlich auch historisch gerechtfertigte Leistungen unserer Partei gibt, Leistungen der Solidarität, die wir selber zwischen 1943 und 1945 erfahren haben, und über die ich hier wegen der damit verbundenen Gefährdung von Parteien in anderen Ländern, in ganz weit entfernten Ländern zum Teil, kein Wort sagen werde. *(Beifall)*

Dafür bitte ich einfach um Verständnis. Oder es wird unmöglich, und das fände ich nicht gerecht; denn uns geht es nun im Augenblick wirklich nicht gut, aber immer noch besser als anderen Parteien auf dieser Welt.

Wir haben uns in erster Linie natürlich mit der Frage der Verletzung des Parteistatuts beschäftigt. Es gibt aber noch die Zentrale Parteikontrollkommission. Sie ist auch nicht zurückgetreten und nicht abberufen worden, obwohl der Vorsitzende das im ZK beantragt hat. Ich habe die Genossen gebeten, die Fragen der Rehabilitierung usw. weiter zu prüfen. Die Arbeit mußte ja fortgesetzt werden, und die Untersuchungskommission kann natürlich kein Parteiverfahren einleiten oder gar durchführen, das ist völlig unmöglich.

Ich habe festgestellt, daß die Ausschlüsse der führenden Genossen aus der Partei durch das Zentralkomitee meines Erachtens mit dem Statut nicht übereinstimmen. Ich will sie nicht verteidigen, aber ich bin immer für Rechtsstaatlichkeit, und sie hatten teilweise nicht einmal das Recht zur Stellungnahme. Und ich hatte das Gefühl, daß da welche Genossen aus der Partei ausschließen, damit sie nicht mehr zu antworten brauchen, weil sie ja dann nicht mehr Mitglieder der Partei sind. *(Beifall)*

Ich habe das offizielle Protokoll dazu gelesen. Es gibt wohl auch eine Tonbandaufzeichnung. Dazu bin ich nicht gekommen, das wollte ich nicht, wüßte auch nicht, wann ich mir das hätte anhören sollen. Es hieß nur: Wegen Forderungen an der Basis werden die Genossen soundso ausgeschlossen. Und ich muß sagen: Gibt es denn so etwas, daß wegen der Forderung an der Basis ein Genosse ausgeschlossen wird? Entweder er hat das Statut verletzt, und das rechtfertigt diese Maßnahme - eine andere Begründung kann es gar nicht geben. *(Beifall)*

Da gab es auch Beschwerden von einigen. Ob sie begründet sind, kann ich gegenwärtig nicht prüfen. Wir brauchen auch dort eine Leitung, damit das in geordnete Bahnen kommt. Diese chaotischen Zustände müssen einmal aufhören. *(Beifall)*

Ich bin mir allerdings in einem sicher: Alle Genossen des Politbüros, die bis zum 17. Oktober 1989 dem Politbüro angehört haben, haben meines Erachtens Pflichten verletzt - das sage ich ganz deutlich -, Pflichten auch nach dem Statut verletzt. Ich möchte dazu einmal aus dem Statut zitieren, um deutlich zu machen, was ich meine: "Das Parteimitglied ist verpflichtet, furchtlos Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen; gegen Subjektivismus, Mißachtung des Kollektivs, Egoismus und Schönfärberei aufzutreten und gegen die Neigung, sich an Erfolgen zu berauschen", - und da kannte ich doch einige mit solchen Neigungen, und ich weiß nicht, wer dagegen dort aufgetreten ist - wenn, dann haben wir es nicht gemerkt - "gegen jeden Versuch anzukämpfen, die Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen, sowie die Kritik und Selbstkritik von unten in jeder Weise zu fördern". Ich finde, gegen diese Pflichten haben eigentlich alle verstoßen. Das ergibt sich übrigens auch aus ihren Stellungnahmen, wenn sie nämlich schreiben, wie der erste Mann in der Partei regiert hat, daß die Kollektivität verletzt wurde, und sie sagen alle gleich: Ich räume ein, daß ich dagegen nicht genügend getan habe.

Das kann man sehr unterschiedlich für den einzelnen bewerten. Es gibt natürlich auch andere Verletzungen, aber das - meine ich - gilt im Prinzip für alle. Wir mußten uns auch damit beschäftigen, daß es Gesetzesverstöße gab. Aber wir sind keine Staatsanwaltschaft, und sobald wir so etwas feststellen, sichern wir die entsprechenden Beweismittel und Informationen und übergeben sie den zuständigen staatlichen Organen; denn wir wollen ja die Trennung von Partei und Staat. Immerhin hat das dazu geführt, daß zwei ehemalige Abteilungsleiter inhaftiert bzw. vorläufig festgenommen sind und gegen einen ein Anzeigenprüfungsverfahren läuft.

Der Stand bei den Politbüromitgliedern ist bekannt. Ich sage hier ganz deutlich, ich würde mich, und ich kann meine Rolle als Anwalt nicht verlieren, immer für die Einhaltung der Strafprozeßordnung in diesem Land einsetzen, für jeden und jedermann, sonst ist Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit nicht herstellbar. *(Beifall)*

Das heißt zum Beispiel, daß ich dafür bin, daß wenn Voraussetzungen für einen Haftbefehl vorliegen, er auch erlassen wird, aber nicht ein ungesetzlicher Hausarrest, der überhaupt nicht geregelt ist. *(Beifall)*

Man kommt natürlich auch mit humanistischen Gesichtspunkten in Schwierigkeiten, das muß ich einfach sagen, bei Menschen von weit über 70 und auch über 80 Jahren. Was allerdings auch damit zusammenhängt, daß wir Menschen in dieser Breite in diesem Alter in die Führungsgremien der Partei gewählt haben. Und das bitte ich nicht mißzuverstehen. Wir brauchen den Rat der alten Genossen ganz dringend, aber wir können natürlich nicht ein Politbüro haben, das im Durchschnitt dieses Alter hat wie das letzte. *(Beifall)*

Ich meinte das letzte bis vor dem 17. Oktober, sonst habe ich das nicht mehr durchgerechnet.

Ich will noch etwas sagen zu den Feststellungen zu den Privilegien, oder sagen wir, zu dem System. Weil ich dazusagen muß, daß sich auch dort die Mitglieder unterschiedlich und differenziert verhalten haben. Das muß ich betonen. Es ist auch nicht gerecht, sie diesbezüglich etwa alle über einen Kamm zu scheren. Es gab immer solche, die - sagen wir einmal - das Übliche genutzt haben, was alle genutzt haben, aber nie darüber hinausgegangen sind. Und es gab offensichtlich solche, die immer noch weit darüber hinausgegangen sind.

Das Ganze war natürlich ein Art Gewöhnung. Ich habe einmal ein bißchen versucht, zurückzugehen. Es fing sozusagen klein an und wurde eigentlich immer mehr. Das hing mit einer bestimmten Theorie zusammen.

Zunächst ging es um Sicherheitsfragen. So wurde Wandlitz geschaffen. Wie ich meine, einer der schlimmsten und fehlerhaftesten Beschlüsse in der Geschichte dieser Partei; denn dieser Beschluß hat zur Isolierung der Parteiführung vom Leben geführt. *(Beifall)*

Und vor allem, wenn das 1956 möglicherweise tatsächlich erforderlich gewesen wäre - ich kann das ja gar nicht beurteilen -, aber nach 1961 hätte dieser Beschluß schnellstens wieder aufgehoben werden müssen. *(Beifall)*

Und da entwickelte sich offensichtlich ein völlig eigenständiges Leben. Ich habe auch vor, mir das selbst sehr genau und gründlich anzusehen; aber jetzt hatte ich dazu einfach keine Kompetenz. Aber die Feststellungen reichen dafür aus, das zu sagen.

Ich will zu den Versorgungsleistungen nichts weiter sagen, aber die Art und Weise, wie dort Waren verkauft worden sind, ausschließlich aus dem westlichen Ausland, wirklich ausschließlich, bis auf vielleicht einige, ganz wenige Produkte, zum Teil Produkte, die es nicht einmal bei uns im Intershop gibt, sondern noch weit darüber hinausgehen, und mit einer solchen Selbstverständlichkeit, daß schon das eine Isolierung vom Leben bedeutet. Natürlich gewöhnt man sich daran, und mir ist auch klar, daß man sich das nicht jeden Tag wieder fragt.

Aber nun komme ich auf die Unterschiede. Da gibt es zum Beispiel solche, von denen man sagen muß: die Familienangehörigen haben das im wesentlichen nie mitgenutzt. Und dann gibt es solche, wo die Kinder und Ehepartner, natürlich, das ist auch einleuchtend, und die inzwischen erwachsenen Kinder und inzwischen auch die Enkelkinder, das ist ja klar, das ist alles Nachwuchs, voll mit einbezogen waren. Ich frage mich zum Beispiel: Wenn es nun schon ein Gästehaus gibt, das nicht für alle Parteimitglieder offensteht, sondern nur für die Führung, worüber man schon streiten kann, wieso können dann aber Kinder ohne die eigentlichen Mitglieder dort allein ihren Urlaub verbringen zu den entsprechend extrem günstigen materiellen Bedingungen? Ich halte das nicht für gerechtfertigt. Sie haben wir ja nicht gewählt. *(Beifall)*

Eine andere Frage ist die: Natürlich, wenn Eltern ihre Kinder mitnehmen, ist das klar, ich will hier nicht über Selbständigkeiten sprechen. Weitere Feststellungen, die wir treffen konnten, waren zum Beispiel der Einsatz der Regierungsstaffel für die Politbüromitglieder auch bei Privaturlaub. Wir konnten auch feststellen, daß das völlig üblich war, daß mit diesen Flugzeugen und entsprechend hohen Aufwendungen auch der Urlaub im Ausland bestritten wurde. Wir konnten feststellen, daß es - ich will einmal sagen - eine Art von Hofdienerie gab in dieser Beziehung, die man sich schlecht vorstellen kann. Das hing auch mit den Zuständigkeiten zusammen, zum Beispiel damit, daß eben das Ministerium für Staatssicherheit für den gesamten Bereich zuständig war und den Auftrag hatte, die Lebensbedingungen so angenehm wie möglich zu gestalten, damit frei ist für politische Arbeit. Und das wurde dann eben immer mehr ausgebaut zu dem, was jetzt im Ergebnis festzustellen war.

Ich möchte dann noch etwas dazu sagen. Es hängt auch mit den falschen Strukturen zusammen, denn Alleinherrschaft einer Partei wird zur Alleinherrschaft einer Führung, und Alleinherrschaft einer Führung führt irgendwann zwangsläufig zur Alleinherrschaft des ersten Mannes dieser Führung und seiner Berater. Und wenn das dann noch die falschen sind, dann hat das entsprechende Wirkung.

Was wir noch feststellen, kann ich wie folgt zusammenfassen, worum es geht, was man alles noch prüfen muß: Da geht es um die Verwendung von Zahlungsmitteln; da geht es um den Kauf, die Finanzierung, die Nutzung und die Verteilung von Grundstücken, die im Eigentum bzw. in Rechtsträgerschaft oder Nutzung der Parteien stehen; da geht es um den Verkauf von Dienstfahrzeugen; da geht es um die Durchführung von PKW-Reparaturen und Bauleistungen; da geht es um die Verwendung zweckgebundener Mittel, Prämien und anderes; da geht es um die Nutzung sonstigen Parteieigentums, und da geht es um die Verwaltung und Verwendung der Finanzen insgesamt. Ich sage das jetzt deshalb nicht konkreter, weil, wenn ich es konkreter sagen würde, würde ich die Untersuchung erheblich erschweren, und das muß weitergehen.

Es geht auch um solche Fragen, daß die Partei - sagen wir mal - ein Haus sehr teuer baut, und dann zieht dort ein hoher Funktionär ein für 100 Mark Miete monatlich. Das alles hat es gegeben. Das alles ist auch noch nicht endgültig zusammengetragen. Ich wollte es im wesentlichen bei diesem Bericht belassen und allerdings noch auf folgendes hinweisen, um auch Gerüchten vorzubeugen: Im ZK gab es auch eine Isolierung, nämlich die Isolierung der Führung von allen anderen Mitarbeitern. Und es gab auch Privilegien für die ZK-Abteilungsleiter, die von ihnen auch wieder sehr unterschiedlich genutzt worden sind.

Letztlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß es aber in diesem ZK-Gebäude für die dort überwiegend arbeitenden Mitarbeiter überhaupt keine besonderen Privilegien gab, wirklich nicht. Die Läden sind völlig normal. Es wurde dort nichts Besonderes verkauft. Sie haben auch ganz normale Gehälter bekommen. Sie haben einfach eine ehrliche Arbeit geleistet. Ich muß das hier so deutlich betonen. Das war alles noch ein bißchen durcheinander. Genossen, ich muß euch das auch erklären: Das ist erst heute so ein bißchen zusammengestellt worden, und bei jeder Aussage muß man prüfen, kann man das schon sagen, oder gefährdet man damit die weitere Untersuchung. Und ich bin dafür, daß wir alles mit größter Genauigkeit aufklären. Alle, die zur Verantwortung zu ziehen sind, sind auch schonungslos zur Verantwortung zu ziehen, alle Fälle von Machtmißbrauch und Korruption sind aufzuklären, ohne - das muß ich noch einmal betonen - daß wir in einen Selbstzerfleischungsprozeß übergehen und ohne daß wir Gerüchten und ungerechtfertigten Beschuldigungen nachgeben.

So, und nun möchte ich mich noch zu einigen nach unserer Meinung wichtigen Fragen äußern, die in letzter Zeit auch durch euch an uns herangetragen worden sind und wo wir irgendwo einen Standpunkt bilden mußten.

Erstens, was verstehen wir unter dem Begriff "Sozialismus"? Zu einer ausgereiften wissenschaftlichen Definition des Begriffs "Sozialismus" bin ich heute natürlich nicht in der Lage. Ich bin mir aber sicher, daß es sich um eine Gesellschaftsordnung handelt, in der jede Form von politischer und ökonomischer Allein- oder Monopolmacht ausgeschaltet sein muß, damit wirtschaftliche Effektivität ständig mit den ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Menschen verbunden bleibt. Die politischen und ökonomischen Strukturen sind so anzulegen, daß das Interesse an Frieden, Abrüstung und Humanismus zu keinem Zeitpunkt unbeachtet bleibt.

Zweitens, brauchen wir einen neuen Namen oder nicht? Sollen wir uns auflösen und neu gründen? Genossinnen und Genossen, gerade zu dieser Frage wurden an uns viele unterschiedliche Positionen herangetragen. Niemand wäre wohl wirklich gegen einen neuen Namen, aber viele befürchten den Vorwurf des Etikettenschwindels oder des Versuchs, sich aus der Verantwortung und Geschichte unserer Partei zu stehlen.

Die andere Position ist klar: Zu einem wirklichen Neuanfang gehört auch ein neuer Name, *(Beifall)* obwohl man sich zur Verantwortung, Schuld und Geschichte dieser Partei bekennt. *(Beifall)*

Ich bin der Meinung, diese Frage müssen wir entscheiden. Sicherlich können wir mit beidem leben, aber es ist eine wichtige Frage. Uns gingen insbesondere folgende Namensvorschläge zu: Partei für oder Partei des demokratischen Sozialismus, Deutsche Sozialistische Partei, Sozialistische Volkspartei, wobei ich sagen muß, mit dem zuletzt genannten Namen könnte ich mich am wenigsten anfreunden, es ist ein zu verschwommener, meine ich. *(Beifall)*

Die Auflösung der Partei und ihre Neugründung wäre meines Erachtens eine Katastrophe für die Partei. *(Beifall)*

All jene, die sich in den letzten Wochen im ganzen Land so engagiert haben für die Erneuerung ihrer Partei, würden wir enttäuschen. Sie wollen doch unsere und nicht irgendeine Partei retten. Mit welchem Recht sollten wir uns alle einer politischen Heimat berauben? *(Beifall)*

Außerdem entstünde in unserem Lande ein politisches Vakuum, das niemand ausfüllen kann und das die Krise mit unabsehbaren Folgen verschärfen würde. Darüber hinaus muß ich einfach auf rechtliche Folgen hinweisen. Mit einer Auflösungsentscheidung sind sämtliche Mitarbeiter des Apparates arbeitslos und die soziale Existenz der Mitarbeiter der parteieigenen Betriebe und Einrichtungen wäre erheblich gefährdet. Das Eigentum der Partei wäre zunächst herrenlos. Anschließend würden sich sicherlich mehrere Parteien gründen, die in einen juristischen Streit um die Rechtsnachfolge träten. Das muß man einfach wissen, bevor man darüber entscheidet, finde ich. *(Beifall)*

Kurzum, ich verstehe sehr gut, wie es zu solch einer Idee kommen kann, aber bei Abwägung aller Folgen wäre eine solche Entscheidung im hohen Maße verantwortungslos. Auflösung und Spaltung der Partei sollten deshalb für uns nicht in Frage kommen. *(Beifall)*

Drittens wurden wir von vielen Arbeitern gefragt: Wie stehen wir zum Leistungsprinzip? Ganz kurz der Standpunkt: Die ökonomischen Gegebenheiten zwingen zur konsequenten Durchführung des Leistungsprinzips. Damit muß schon heute begonnen werden. Gerade unsere Partei muß sich aber dafür stark machen, daß dabei die soziale Sicherheit, die Sicherheit des Arbeitsplatzes garantiert bleibt und die Kranken, Leistungsunfähigen und Lebensuntüchtigen in einer Solidargemeinschaft nicht untergehen. *(Beifall)*

Die Besonderheiten in der für uns alle lebenswichtigen landwirtschaftlichen Produktion dürfen zu keinem Zeitpunkt unbeachtet bleiben.

Viertens, wie stehen wir zu den Kampfgruppen der Arbeiterklasse? Entgegen vielfach erhobener Behauptungen unterstehen sie nicht der Partei, sondern dem Minister des Innern. Wir können deshalb nur einen Vorschlag unterbreiten. Wir anerkennen den Beitrag der Mitglieder, die jahrelang ihre Freizeit für die Ausbildung geopfert haben, um ihren Auftrag zum Schutz der Betriebe zu erfüllen. Wenn man jedoch an die Gründungsmotive denkt, wird deutlich, daß sie nicht mehr zeitgemäß sind. Wir sind deshalb für ihre Auflösung und bitten die Mitglieder, sich in unbewaffnete Formationen zum Schutz unserer Menschen und des sich entwickelnden demokratischen Staates einzugliedern. *(Beifall)*

Fünftens, wie stehen wir zum Amt für Nationale Sicherheit? Es gilt festzustellen, daß es neben berechtigten und notwendigen Aufgabenstellungen des Ministeriums für Staatssicherheit z. B. zur Aufklärung von Kriegsverbrechen und zur Abwehr wirklicher Staatsverbrechen, zum Schutz der Volkswirtschaft und anderer Einrichtungen, zur Aufklärung auch Aufgabenstellungen gab, die unvertretbar sind und die erklären, wie es zur gegenwärtigen demonstrativen Ablehnung dieser Einrichtung kommt. Diese Aufgabenstellung umfaßte die Abwehr der ideologischen Diversion. Da diese nach den vorgegebenen Maßstäben über Funk und Fernsehen faktisch in jedem Haushalt stattfindet, mußte dies zu einer flächendeckenden Tätigkeit führen, die die Menschen als Bespitzelung empfanden. Die große Macht dieser Einrichtung führte bei einem Teil ihrer Mitarbeiter auch zu einem entsprechenden Auftreten. Ferner übernahm das Ministerium auch die persönliche und materielle Fürsorge für die Parteiführung, wofür es meines Erachtens keine staatliche Tätigkeit hätte geben dürfen.

Beachtet werden muß jedoch, daß diese Aufgabenstellungen keine Idee der Mitarbeiter war, sondern eine Entscheidung der Parteiführung, die deshalb auch die Verantwortung für die dort entstandene Lage trägt. *(Beifall)*

Im Ministerium für Staatssicherheit gab es ebenfalls Fälle von Amtsmißbrauch und andere Ungesetzlichkeiten - zumindest besteht der Verdacht -, die gegenwärtig von der Militärstaatsanwaltschaft ermittelt werden. Wir wissen aber, daß viele Genossen dieses Ministeriums stets pflichtbewußt und ehrlich die ihnen erteilten Aufträge, die sie sich nicht aussuchen konnten, erfüllt haben. Wir wenden uns deshalb entschieden gegen pauschale Abqualifizierungen und vor allem gegen Repressalien, die jetzt beginnen, um sich zu greifen. *(Beifall)*

Und ich wiederhole es noch einmal: Rechtsstaatlichkeit ist unteilbar und muß für jeden gelten. Wir erwarten, daß die Regierung alle Bürger dieses Landes vor Übergriffen schützt, auch Genossen und auch Mitarbeiter des Amtes und auch ihre Angehörigen. *(Beifall)*

Selbstjustiz, Vergeltung und Rache sind bar jeder Kultur und eines jeden Volkes unwürdig. *(Beifall)*

Durch die starke Diskreditierung des Amtes ist nach meiner Meinung allerdings seine Auflösung erforderlich, wobei die berufliche Eingliederung der Mitarbeiter unbedingt zu sichern ist. Bezüglich der notwendigen Aufgabenstellungen ist deren Erfüllung auf neue Art und Weise zu gewährleisten. Die Verantwortung liegt bei der Regierung, und ich will und kann diesbezüglich keine Empfehlungen geben.

Sechstens, wie stehen wir zu Streiks oder zu drohenden Streiks und zum Streikrecht? - In der gegenwärtigen angespannten Wirtschaftslage wären Streiks verantwortungslos. Sie nutzen und bewirken wenig, aber schaden allen und wirken destabilisierend. *(Beifall)*

Wir rufen deshalb alle Werktätigen auf, im ureigensten Interesse verantwortungsbewußt zu arbeiten und dadurch die materiellen Voraussetzungen für die Versorgung der Bevölkerung und die demokratische Erneuerung zu sichern. Demokratie ohne materielle Absicherung ist sinnlos und überflüssig. *(Beifall)*

Mit dem Aufkommen neuer Eigentumsformen in unserem Lande werden sich jedoch die Arbeitsbedingungen verändern. Die Gewerkschaften werden von Tag zu Tag selbstbewußter, und es ist deshalb nicht ausgeschlossen, in einem neuen Betriebsverfassungs-

gesetz breite Mitbestimmung der Werktätigen in den Betrieben so zu garantieren und zu regeln, daß als allerletztes Mittel der Auseinandersetzung gegebenenfalls auch der Streik entsprechend beschlossen werden kann. Aber das hat nichts mit heute und hier zu tun. Das ist eine Zukunft, wenn wir hier Joint-ventures und alles Mögliche bekommen und sich dadurch eben auch die Bedingungen verändern. Darauf möchte ich hinweisen, aber dazu muß es erst ein Gesetz geben, über das wir alle zusammen in diesem Lande gründlich nachdenken sollten. *(Beifall)*

Wir sollten aber vor allem sichern, daß wir solche Bedingungen schaffen, daß unsere Arbeiter im Betrieb sich als Miteigentümer fühlen und so handeln.

Siebtens, zur deutschen Frage hatte ich mich schon geäußert und unser Ministerpräsident auch. Auch dazu kamen viele Fragen. Ich möchte nur noch eins hinzufügen: In einer Zeit, in der ein europäisches Haus gebaut werden soll, in der es um den Abbau von Staatlichkeit in Europa geht, ist schon die Idee zur Schaffung eines neuen Einheitsstaates widersinnig. Es geht um Kooperation und Begegnungen auf allen Ebenen, aber gleichzeitig um Bewahrung unserer Eigenständigkeit als Deutsche Demokratische Republik. *(Beifall)*